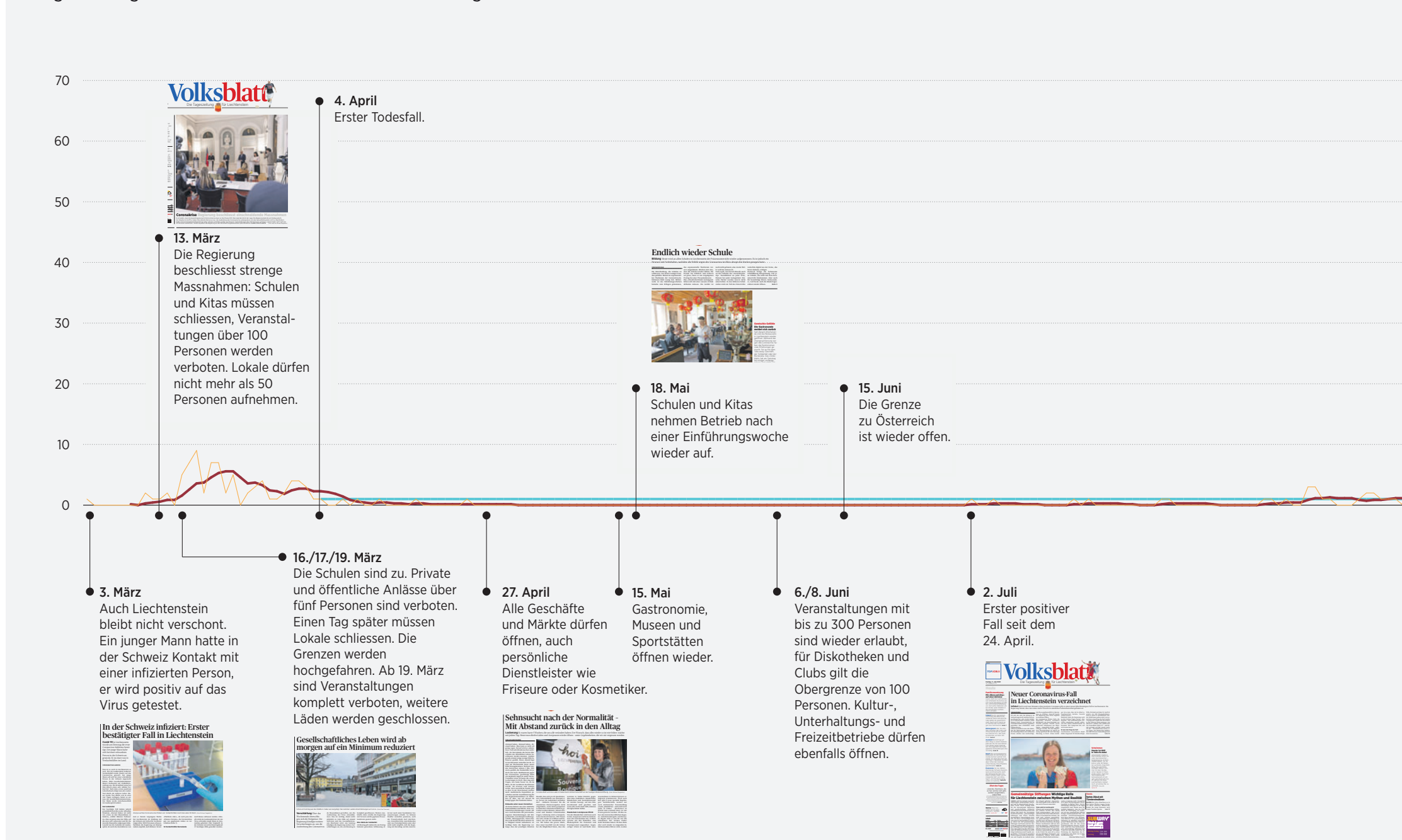


Schwerpunkt Ein Jahr Corona in Liechtenstein

Infektionsgeschehen und zentrale Massnahmen in Liechtenstein

Täglich neu gemeldete Fälle seit der ersten laborbestätigten Infektion am 3. März 2020



Frommelt: «Es ist gelungen, eine übermässige Politisierung der Pandemie zu verhindern»

Einschätzung Die Coronapandemie stellte uns alle vor unbekannte und noch nie da gewesene Herausforderungen. Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts, analysierte gegenüber dem «Volksblatt», wie sich die Politik in dieser Situation geschlagen hat.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Obwohl jeder in diesem Jahr starke Einschränkungen hinnehmen musste, gaben drei Viertel der Befragten in der Wahlumfrage dem Krisenmanagement der Regierung gute Noten, ein Grossteil hält die Massnahmen für angemessen. Überrascht Sie das?

Christian Frommelt: Überrascht ist vielleicht das falsche Wort. Bemerkenswert finde ich die hohe Zustimmung zu den Massnahmen der Regierung und die generell positive Bewertung des Krisenmanagements aber schon. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Die Ergebnisse aus der Wahlumfrage decken sich im Übrigen weitgehend mit den Ergebnissen unserer letzten Befragung zur Coronapandemie von Juni 2020. Das ist insofern erstaunlich, weil dieses Mal die Befragung mitten in einem Lockdown durchgeführt wurde, während die erste Befragung nach der Wiederöffnung von Restaurants und anderen Unternehmen erfolgte.

Welche Note würden Sie dem Krisenmanagement der Regierung ausstellen und warum?

Nach meiner Meinung sind die Coronapandemie und ihre Folgen viel zu komplex und langwierig, um das Krisenmanagement der Regierung gesamthaft zu bewerten. Es fehlt ja auch eine klare objektive Grösse, an welcher sich so eine Bewertung auszurichten hat. Geht es nur um den Rückhalt in der Bevölkerung oder um die Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen, so wäre eine Bewertung zweifelsohne positiv. Gerade Liechtensteins Volkswirtschaft scheint nämlich im internationalen Vergleich relativ gut durch die Pandemie zu kommen. Zum Beispiel erwarten wir, dass der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes für das Jahr 2020 deutlich geringer ausfällt als in der Finanzkrise von 2008, und auch deutlich geringer als in manch anderem europäischen Staaten. Das BIP ist aber ein gesamtwirtschaftliches Mass und sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass einzelne Branchen durchaus stark von der Coronapandemie betroffen sind. Für eine Bewertung des Krisenmanagements sind natürlich auch die Entwicklung der Fallzahlen und das Tempo bei den Impfungen heranzuziehen. Bei Letzterem ist es nach meiner Meinung noch zu früh für eine Einschätzung. Zudem ist der Handlungsspielraum Liechtensteins auch beschränkt. Mit Blick auf die Anzahl der Covid-19-Erkrankungen sowie insbesondere die Anzahl der Todesfälle lässt sich aber schon sagen,

dass Liechtenstein eine sehr starke zweite Welle erlebte und im internationalen Vergleich der Anzahl Fälle und Todesfälle pro 100 000 Einwohner nicht sehr gut wegkommt.

Was hat Liechtenstein im Vergleich zu anderen Ländern gut gemacht, wo hätte man sich etwas abschauen können?

Mit Blick auf die Wirtschaft haben meine Kollegen Andreas Brunhart und Martin Geiger im Herbst 2020 die Massnahmen der Regierung mit denjenigen anderer Staaten verglichen. Sie zeigen dabei auf, dass die Regierung schnell und zielgerichtet gehandelt hat und sehr ähnliche Massnahmen und Instrumente wie andere Staaten nutzte. Mit dem Härtefallzuschuss wurde für das vierte Quartal 2020 sowie die ersten beiden Quartale 2021 zwischenzeitlich ein weiteres sinnvolles Instrument geschaffen. Unterschiede zu anderen Staaten zeigen sich allenfalls mit Blick auf die langfristigen Rahmenbedingungen. So haben zum Beispiel viele europäische Staaten bereits umfassende Konjunkturpakete gesprochen, denen dann gleich auch strukturelle Anpassungen folgen sollen, zum Beispiel in Form einer Stärkung des nachhaltigen Wirtschaftens. In Liechtenstein fehlt diese Debatte. Allerdings ist Liechtensteins Wirtschaft auch nicht so unter Druck geraten wie andere

Volkswirtschaften. Da Liechtensteins Volkswirtschaft zudem über einen sehr kleinen Binnenmarkt verfügt, ist die Wirkung von Konjunkturmassnahmen auch stark beschränkt. Wenn Sie aber schon andere Staaten ansprechen, möchte ich auch darauf verweisen, wie stark Liechtenstein als Kleinstaat ohne medizinische Forschungseinrichtung in der Coronapandemie von der internationalen Zusammenarbeit und den internationalen öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung profitiert. Das geht nach meiner Meinung oft vergessen.

Wichtig war und ist es in dieser Krise, die Bevölkerung an Bord zu holen. Kommunikation spielt also eine grosse Rolle. Wie hat sich Liechtensteins Regierung in Ihren Augen geschlagen?

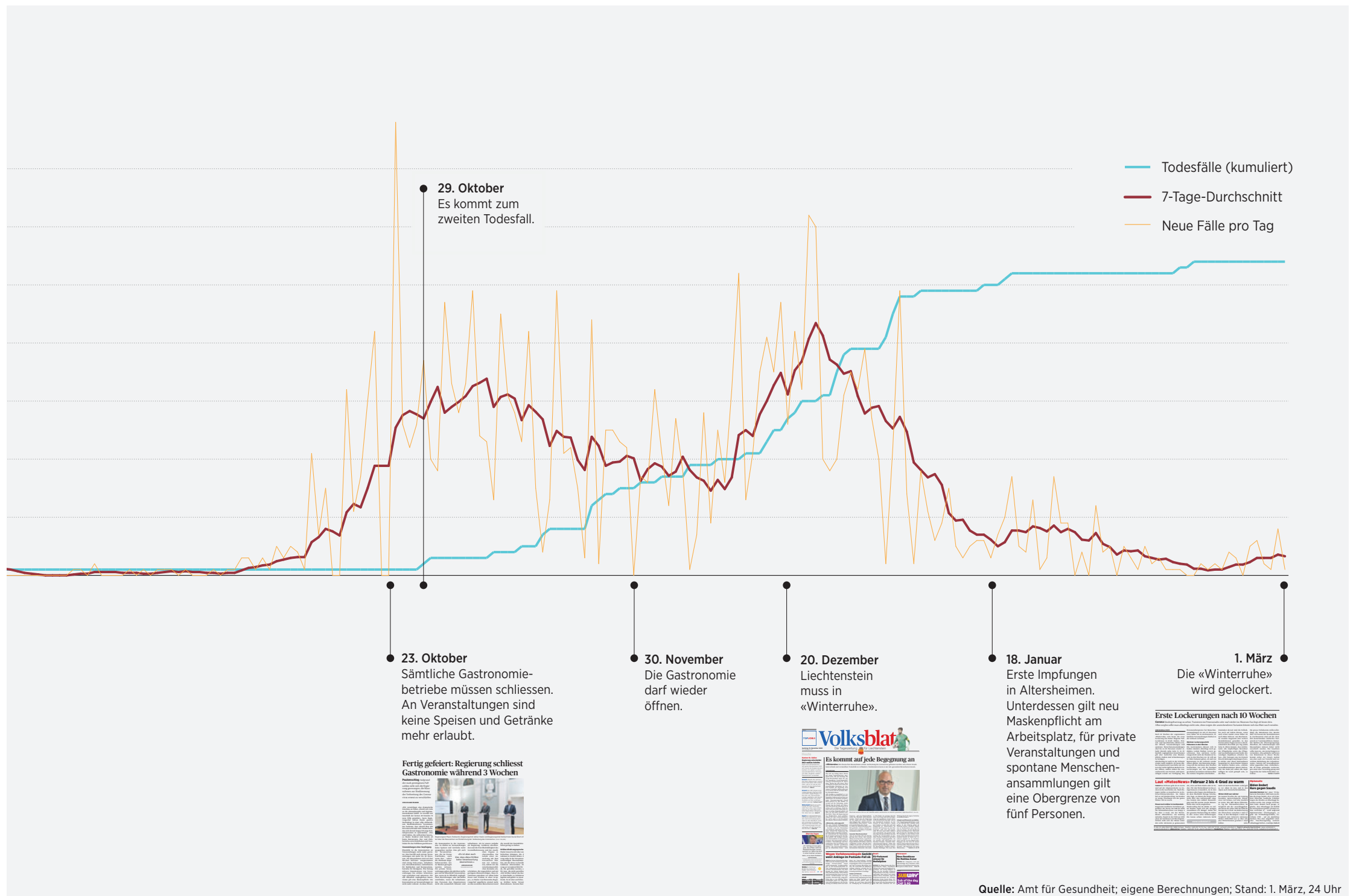
Die Kommunikation der Regierung war gerade zu Beginn der Krise überzeugend. Es wurde regelmässig, sachlich und fundiert informiert. Auch wurden schnell verschiedene Plattformen eingerichtet mit wichtigen Hinweisen auf Verhaltensregeln und weiteren Informationen. Persönlich hatte ich allerdings den Eindruck, dass der Regierungskommunikation in der zweiten Welle nicht mehr die gleiche Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. Woran dies liegt, kann ich nicht sagen.

Es ist sicherlich so, dass wir mit der Zeit alle etwas abgestumpft sind. Vor Weihnachten erfolgte dann nochmals eine Kommunikationsoffensive der Regierung. Angesichts der zum damaligen Zeitpunkt hohen Fallzahlen war dies sicherlich auch dringend nötig.

Personen, die der Regierung skeptischer gegenüber stehen, beispielsweise DU- und DPL-Wähler, sind hingegen mit den Massnahmen und dem Krisenmanagement deutlich unzufriedener. Hätten diese besser «abgeholt» werden können?

In der Tat zeigt die Wahlumfrage bei den Wählerinnen und Wählern von DU und DPL eine im Vergleich zu den anderen Parteien höhere Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Regierung. Allerdings gibt es bei den Wählerinnen und Wählern der anderen Parteien genauso Unzufriedene, wie es unter den Wählerinnen und Wählern von DU und DPL Personen gibt, die sich schärfere Massnahmen von der Regierung gewünscht hätten. Damit möchte ich vor allem sagen, dass die Regierung ihre Kommunikation nicht auf ein bestimmtes politisches Lager ausrichten kann oder soll. Ebenso gab es in Liechtenstein keine Partei, welche die Regierung offen und fundamental für ihre Coronapolitik angegriffen hat, wie wir dies zum Beispiel in Deutschland bei der AfD sehen oder jüngst in der Schweiz durch die SVP. Liechtenstein ist es somit gelungen, eine übermässige Politisierung der Coronapandemie

«Es ist sicherlich so, dass wir mit der Zeit alle etwas abgestumpft sind.»



Die zweite Welle hätte Liechtenstein besser meistern können, findet Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts. (Foto: M. Zanghellini)

zu verhindern. Ich werte dies als grosse Leistung. Dass man es nicht immer allen recht machen kann, ist natürlich auch klar.

Als die «Winterruhe» verkündet wurde, hat die Regierung verschiedene Verbände und die Parteien zum «nationalen Schulterschluss» ins Boot geholt. Hätte man dies vielleicht schon früher machen sollen?
Zuerst möchte ich festhalten, dass die Regierung die Haltung der verschiedenen Akteure natürlich bereits früher abgeholt hat. Der besagte nationale Schulterschluss und die Verkündung der «Winterruhe» war angesichts der zu jenem Zeitpunkt sehr hohen Fallzahlen aber sicherlich ein ebenso deutliches wie drin-

gend notwendiges Signal. Und ja, wahrscheinlich hätte dieser Schritt bereits früher kommen müssen. Aber im Rückblick ist man immer schlauer, und wichtig ist vor allem, dass die «Winterruhe» dann ja tatsächlich ihre Wirkung zeigte.

Apropos, was halten Sie vom Begriff «Winterruhe»?
Der Begriff hat seinen Zweck erfüllt.

Die Regierung informierte hauptsächlich über Pressekonferenzen und die täglichen Situationsberichte. Bräuchte es mehr Transparenz und wie könnte diese hergestellt werden?
In anderen Ländern wird wohl noch mehr und differenzierter kommuni-

ziert. Das ist aber natürlich immer auch eine Frage der Ressourcen. Die aktuellen Informationen zur Coronapandemie auf der Website der Regierung hätte man aber sicherlich besser gestalten können. Es ist schon etwas fragwürdig, wenn man sich da die aktuell geltenden Massnahmen aus den diversen PDF-Dokumenten selber zusammenstellen muss. Auch die statistischen Daten sind wenig übersichtlich gestaltet. Glücklicherweise finden sich auf der Seite des Bundesamts für Gesundheit (BAG) der Schweiz auch viele Informationen über Liechtenstein – meist sehr schön aufbereitet und mit direkten Vergleichen zu den einzelnen Schweizer Kantonen. Eine Verlinkung auf diese Seite wäre künftig si-

cher wünschenswert. Der Vergleich zu den Massnahmen in der Schweiz und Österreich wurde von den beiden Landeszeitungen in den vergangenen Tagen gut dargestellt. Generell habe die Medien ausführlich über die Coronapandemie informiert und durch die Leserbriefspalten auch kritischen Stimmen Platz eingeräumt. Aus persönlicher Sicht hoffe ich natürlich, dass künftig möglichst viele Daten für Forschungsprojekte zu den volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Coronapandemie zu Verfügung stehen. Ich denke, dies wäre im allgemeinen Interesse. Bis jetzt wurden vereinzelte Datenanfragen unsererseits mit der Begründung abgelehnt, dass keine Bearbeitungskapazitäten zur Verfügung stehen. Das ist im Moment natürlich verständlich. Ich hoffe aber, dass dies zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden kann.

«Der Landtag war stets gut eingebunden und wurde in seiner Handlungsfreiheit nicht unverhältnismässig stark eingeschränkt.»

Krisen sind die Zeit der Exekutive, das hat die Coronapandemie gezeigt. Oder hat der Landtag das Heft zu sehr aus der Hand gegeben? Wo hätte das Parlament mehr Möglichkeiten zur Mitsprache gehabt?
In der Tat wird die Exekutive bei exogen verursachten Krisen meist gestärkt. Das war in Liechtenstein nicht anders. Allerdings fand ich, dass der Landtag stets gut eingebunden war und in seiner Handlungsfreiheit nicht unverhältnismässig stark eingeschränkt wurde. Dafür spricht auch, dass das Krisenmanagement der Regierung bisher von keiner Partei stark politisiert wurde. Die wichtigere Frage ist für mich deshalb, wie lange die Coronapandemie noch wichtige personelle und

politische Ressourcen binden wird und damit strategische Entscheide in anderen Bereichen verzögert.

Die Politik musste während der vergangenen Monate ständig abwägen, wie sehr man die Grundrechte anderer einschränkt, um das Recht auf Leben und Gesundheit der anderen zu schützen. Mit den anlaufenden Impfungen stellt sich zunehmend die Frage, wie lange diese Einschränkungen noch haltbar sind. Wie sehen Sie das?

Das kann ich nicht beurteilen. Das müssen Sie eine Epidemiologin fragen. Was sicher ist, dass sich die

Narrative ändern müssen, wenn die Einschränkungen weiterhin aufrechterhalten werden sollen. Das ist ja bis zu einem gewissen Grad mit den verschiedenen Mutanten bereits geschehen. Zu Beginn der Krise wurde vor allem mit der Überlastung des Gesundheitswesens, der Aufrechterhaltung bestimmter systemrelevanter Leistungen und dem Schutz konkreter Risikogruppen argumentiert. Da diese Überlegungen auch in die Impfstrategie eingeflossen sind, verlieren diese Argumente natürlich an Relevanz, sobald eine bessere Impfabdeckung besteht.

Je länger, je müder wird die Bevölkerung. Wann wird in Ihren Augen die Stimmung kippen?

Schwierig. Ich denke auch nicht, dass man dies so pauschal sagen kann. Der Begriff der Winterruhe passt aber definitiv nicht zum Frühling.

Je länger, je müder wird die Bevölkerung. Wann wird in Ihren Augen die Stimmung kippen?
Schwierig. Ich denke auch nicht, dass man dies so pauschal sagen kann. Der Begriff der Winterruhe passt aber definitiv nicht zum Frühling.

Das Interview wurde schriftlich geführt.